

Änderungsantrag zu XPersonenstandsregister

Zeichen 1/2015
Status verworfen
Umsetzung Version 1.8
Priorität



Koordinierungsstelle
für IT-Standards

Plausibilitäten Nacherfassung

Problemstellung

Der Autor des Änderungsantrags regt an, über XPSR sicherzustellen, dass die Methoden für die Nacherfassung von Papiereinträgen nicht für aktuelle Jahrgänge verwendet werden können. Damit würde u. A. folgendes Problem vermieden, welches in der Praxis durchaus vorgekommen ist:

- Die letzte Eintragsnummer im aktuellen Jahrgang ist 50
- Versehentliche Nacherfassung eines Papiereintrags mit der Eintragsnummer 3000 im aktuellen Jahrgang
- Die nächste für eine Erstbeurkundung vom Registerverfahren vergebene Eintragsnummer ist die 3001 – auch nach einer Stilllegung des fehlerhaften Eintrags

Lösung

Nach Erörterung der Frage, ob die Methoden zur Nacherfassung und zur Stilllegung auf die Jahre vor der verbindlichen Einführung des elektronischen Personenstandsregisters beschränkt werden sollen, kommt das Expertengremium zu dem Ergebnis, entsprechende Plausibilitäten in XPSR nicht vorzusehen und den Änderungsantrag zu verwerfen.

Unstrittig ist, dass die Nacherfassung für Jahrgänge ab 2014 rechtlich nicht mehr möglich ist. Aber in Einzelfällen kann die technische Funktionalität der Methoden für die Nacherfassung (in Verbindung mit der Stilllegung) auch dazu verwendet werden, defekte oder verloren gegangene Einträge im Register wiederherzustellen.

Um auch weiterhin mittels der technischen Funktionalität der XPSR-Methoden zur Nacherfassung und Stilllegung einzelne Einträge wiederherstellen zu können, schlägt das Expertengremium folgendes Vorgehen vor:

1. Die Methoden zur Nacherfassung und Stilllegung in XPSR werden nicht auf bestimmte Jahrgänge beschränkt.
2. Der Verlag für Standesamtswesen wird fachverfahrensseitig sicherstellen, dass die Nacherfassung von Papiereinträgen für Jahrgänge ab 2014 nicht mehr möglich ist.
3. Der Themenkomplex zur Korrektur, Berichtigung und Wiederherstellung von Einträgen im Personenstandsregister wird zunächst zurückgestellt, da in der erwarteten Rechtsänderung (2. Personenstandsrechtsänderungsgesetz) die Wiederherstellung von in Verlust geratenen Einträgen Thema sein wird. Das BMI V II 1 wird zu gegebener Zeit einen entsprechenden Änderungsantrag an XPSR stellen.

Antragsdetails

Antragsteller: Accenture - Poniewas

Efasst am: 09.02.2015

Bezug: Spezifikation 1.6 – Kapitel 8.2.28

Analyse des Änderungsantrags

Bisher gibt es keine Einschränkungen bzgl. der Nacherfassungen, einzig sagt die Methode `InsertEintragForNacherfassung` dazu:

„Das EintragsJahr in `UrkundlTeilId` und `HinweisTeilId` liegt nicht in der Zukunft. Wenn nicht erfüllt, entsteht `SemanticException` (siehe 5.5.5).“

Bzgl. des aktuellen Eintragsjahrs und aller vergangenen gibt es also keine, in XPSR definierte Einschränkung für Nacherfassungen. In AutiSta gibt es für die Nacherfassung im laufenden Jahr eine (nicht in XPSR definierte) Fehlermeldung:

„Nacherfassungen im laufenden Jahr können nur mit Zwischennummer erfolgen.“

Wenn Nacherfassungen im laufenden Jahr wirklich nur so zulässig sind, wäre auch eine Erweiterung der Spezifikation an genau dieser Stelle sinnvoll, damit sie verbindlich für alle Hersteller ist.

Zwar gibt es kein akutes Problem, aber es trat in der Vergangenheit häufiger folgendes Problem auf:

- Die zuletzt verfügte Eintragsnummer war z.B. 50
- Nun kommt eine versehentliche Nacherfassung mit Eintragsnummer 3000 (war aber eigentlich für ein vergangenes Jahr gedacht)
- Diese wird im fachlichen Sinne stillgelegt, da der Fehler erkannt wird.
- Ab jetzt schlägt die Reservierung neuer Einträge die 3001 vor, zwischen 50 und 3000 entsteht eine Lücke.

Lösungsvorschlag im Änderungsantrag

Mit der o.g. Prüfung würde die versehentliche Nacherfassung allerdings verhindert werden können, denn es könnten keine beliebigen „neuen“ Nummern verwendet werden.

Bearbeitung

Wartend auf:

Aktivität	Status	Wer

Bearbeitet durch: KoSIT

Bearbeitet am: 2015-02-09

Die Stilllegung von Personenstandseinträgen ist derzeit ausschließlich für fehlerhaft nacherfasste Einträge vorgesehen. Eine Nacherfassung sollte m. E. nur für Einträge aus den Papierbüchern erforderlich sein. Nach der verbindlichen Einführung der elektronischen Personenstandsregister sollte es eigentlich keine Nacherfassungen mehr geben (auch nicht mit Zwischennummer).

Sofern diese Einschätzung der KoSIT korrekt ist, sollte im EG über die Einführung einer Plausibilität gesprochen werden, die die Nacherfassung und Stilllegung auf Jahrgänge vor der verbindlichen Einführung der elektronischen Personenstandsregister beschränkt.

Bearbeitet durch: KoSIT

Bearbeitet am: 2015-06-03

Dem EG wurde im Umlauf empfohlen, den Vorschlag aus der Bearbeitung vom 2015-02-09 umzusetzen.

Bearbeitet durch: KoSIT

Bearbeitet am: 2015-06-10

Folgende Rückmeldungen gingen aus der Umlaufbefassung vom 3.6.15 ein:

Herr Bockstette weist darauf hin, dass die elektronische Registerführung im Personenstandswesen erst ab dem 1. Januar 2014 verbindlich vorgeschrieben ist (§ 75 PStG). Für die in der Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2013 vorgenommenen papierbasierten Übergangsbeurkundungen (§ 65 PStV) haben die Standesämter – ohne hierfür an eine Frist gebunden zu sein – die Wahl, ob sie die in der Übergangszeit erstellten Papiereinträge weiterführen oder sie im elektronischen Register nacherfassen. Die Methoden zur Nacherfassung und zur Stilllegung können deshalb nur mit der Exception versehen werden, dass ab dem Jahrgang 2014 keine Nacherfassung und Stilllegung mehr möglich ist.

Herr Graser informiert darüber, dass das Fachverfahren zum 1. November 2015 die Nacherfassung von Einträgen nach 2014 verhindert. Darüberhinausgehende technische Prüfungen in der XPSR Schnittstelle hält der VfSt nicht für erforderlich.

Herr Kollmannsberger stimmt den Ausführungen von Herrn Bockstette zu, weist aber darauf hin, dass es durchaus möglich ist, dass es auch bei Einträgen ab dem Jahrgang 2014 zu Stilllegungen kommen kann (z. B. Beurkundung unter dem falschen Standesamt).

Frau Barghi berichtet, dass ihres Wissens in den Standesämtern noch Übergangsbeurkundungen aus den Jahren 2009 bis 2013 existieren, die noch nicht ins elektronische Register übernommen worden sind. Die Nacherfassung sollte also für Einträge bis einschließlich Jahrgang 2013 möglich sein. Die Stilllegung muss auch für Einträge ab dem Jahrgang 2014 möglich sein, da unserer Kenntnis nach auch hierfür Einträge mit fehlerhaften Registrierungsdaten existieren.

Bearbeitet durch: EG XPSR

Bearbeitet am: 2015-06-10

Erörterung der Frage, ob die Methoden zur Nacherfassung und zur Stilllegung auf die Jahre vor der verbindlichen Einführung des elektronischen Personenstandsregisters beschränkt (d. h. mit entsprechenden Exceptions versehen) werden sollen:

- Die Nacherfassung ist für die Jahrgänge ab 2014 rechtlich nicht mehr möglich.
- Die Stilllegung ist rechtlich aktuell nicht auf nacherfasste Einträge beschränkt; es gilt von Seiten der Personenstandsreferenten allerdings Bestrebungen, diese Beschränkung aufnehmen.
- XPSR trifft diesbezüglich für keinen der WebServices zur Nacherfassung und Stilllegung eine beschränkende Aussage.
- Wenn die Stilllegung nicht auf die Nacherfassung eingeschränkt wird, besteht die Gefahr, dass in den Standesämtern „nach jedem beurkundeten Schreibfehler“ stillgelegt wird.
- Es ist unklar, inwiefern zu rekonstruierende Einträge mit den aktuell zur Verfügung stehenden Berichtigungsmechanismen berichtigt werden können, und inwiefern eine

Beschränkung von Stilllegung und Nacherfassung hier den Standesbeamten weiter einschränken würde.

- Für die weitere Diskussion sollte auch die erwartete Rechtsänderung (2. Personenstandsrechtsänderungsgesetz) berücksichtigt werden, da die Wiederherstellung von in Verlust geratenen Einträgen Thema sein wird.
- Die vom Antragssteller genannte Problematik von Eintragsnummernlücken im aktuellen Erfassungsjahr wird laut VfSt zukünftig durch das Fachverfahren verhindert.

Dieser CR wird ohne Änderung an XPSR geschlossen.

Herr Bockstette wird einen neuen CR (Stichwort „Berichtigungen“) stellen, in welchem systematisch die in der Praxis relevanten Korrektur-/Berichtigungs-/ Wiederherstellungsfälle und ihre technische Umsetzbarkeit mit den Mitteln von XPSR betrachtet werden.

Bearbeitet durch: QS-Instanz XPSR

Bearbeitet am: 2015-12-09

Es wird im Fachverfahren überprüft, ob die Verhinderung von Jahrgängen ab 2014 durch das Fachverfahren bereits wirksam realisiert werden konnte. Dies ist der Fall.

Damit kann der CR wie vorgeschlagen verworfen werden.